



16. März 2018

Mit diesem Newsletter berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Die neue Bundesregierung nimmt ihre Arbeit auf**
- **Gemeinsame Antwort der EU auf Trumps Handelspolitik**
- **Wechselmodell – Das Kindeswohl gehört an die erste Stelle**
- **Verschoben aber nicht aufgehoben**
- **Diskussion dem Wirtschaftsforum der SPD**
- **Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen muss entschiedener angegangen werden**

Die neue Bundesregierung nimmt ihre Arbeit auf

Was Jamaika, was die von CDU/CSU Grüne und FDP geplanten Koalition, nicht konnte, das können wir, das kann die SPD. Wir haben gut verhandelt, viel erreicht, jetzt setzen wir es um. Die neue Bundesregierung hat diese Woche ihre Arbeit aufgenommen.

Unsere Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, müssen nun zügig in Gesetze gegossen werden. Wir haben uns einiges vorgenommen.

Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Familienpolitik, bei der Rente, in der Pflege und beim Wohnungsbau sollen rasch bei den Menschen ankommen. Zu den ersten Gesetzen wird das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit gehören. Teilzeitarbeit ist wichtig, damit Männer und Frauen auch familiären Bedürfnissen gerecht werden können. Aber Arbeit in Teilzeit darf nicht zur „Teilzeitfalle“ werden, in der besonders Frauen häufig „hängen bleiben“. Die Parität in der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir auch umgehend wieder herstellen. Das entlastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit knapp 300 Euro mehr in der Tasche spürbar.

Bei allem, was wir in den nächsten Wochen und Monaten tun, werden wir auch immer deutlich machen, wo die Unterschiede zwischen Union und SPD bestehen. Wir werden – auch als Teil der Regierung – energisch für unsere Positionen und unsere Ziele streiten. Der Bundestag soll wieder zum zentralen Ort der politischen Auseinandersetzung werden.

Wir freuen uns auf leidenschaftliche Debatten!

Glück auf!



Unsere neuen Ministerinnen und Ministern: Katarina Barley, Franziska Giffey, Hubertus Heil, Heiko Maas, Olaf Scholz und Svenja Schulze.



Gemeinsame Antwort der EU auf Trumps Handelspolitik

Die internationalen Handelsbeziehungen beschäftigten in dieser Woche den Deutschen Bundestag. Die Abgeordneten haben am Donnerstagnachmittag in einer Aktuellen Stunde über das Thema "Gefahr eines Handelskrieges und die Auswirkungen auf die Finanzplanung des Bundes" debattiert. Die Position der SPD-Bundestagsfraktion ist klar.

Die Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump, Strafzölle auf Aluminium- und Stahlprodukte einzuführen und seine Drohung, auch deutsche Autos mit Strafzöllen zu belegen, erfordern eine gemeinsame europäische Antwort und ein gemeinsames Eintreten für fairen und freien Handel, so die Überzeugung der SPD-Bundestagsfraktion.

Wenn tatsächlich US-Einfuhrzölle auf Aluminium und Stahl verhängt werden, wird dies Verwerfungen im Welthandel auslösen, die auch die deutsche Wirtschaft treffen werden. Solch ein Vorgehen wäre weder fair, wie Trump immer sagt, noch wäre es konform mit den Vorgaben der Welthandelsorganisation WTO.



Wir können nicht nachvollziehen, dass europäische oder gar deutsche Stahlimporte die nationale Sicherheit der USA gefährden könnten. Die Entscheidung des US-Präsidenten ist deswegen falsch.

Mit seinen Maßnahmen will Trump die schwächelnde US-Industrie wieder aufpäppeln. "Wir werden neue Jobs bekommen und pulsierende Unternehmen", sagte Trump unter dem Beifall eingeladener US-Unternehmer im Weißen Haus. Die Stahl-Politik ist elementarer Teil der "America First"-Politik der Trump-Administration. Die verbliebenen Aluminiumhütten und Stahlwerke in den USA könnten wegen der Billigkonkurrenz im Ausland ihre Kapazitäten nicht auslasten.

Was Trump verschweigt, ist, dass das Problem für diese und andere Branchen in den USA die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen ist und nicht angeblich

schlechte Handelsabkommen. Kein US-Unternehmen wird in Europa ausgebremst oder behindert.

Wir werden aber ein gemeinsames europäisches Vorgehen gerade auch zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland unterstützen, deren Arbeitsplätze von einem Handelskrieg betroffen wären. Wir müssen in der Europäischen Union dafür eng zusammenstehen. Es ist deshalb gut, dass Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker eine gemeinsame europäische Reaktion anstrebt und die EU in Gesprächen mit den USA ihre Position deutlich gemacht hat.

Zu befürchten ist aber, dass es zu möglichen sogenannten Dominoeffekten kommen könnte. Angesichts der geplanten Zölle in den USA würden Exporteure ihre Augen auf den offenen EU-Markt richten, der nicht durch Importzölle oder andere Handelshemmnisse beschränkt ist. Wir könnten eine neue "Stahlschwemme" aus Nicht-EU-Ländern, vor allem China, erleben.

EU-Experten arbeiten daher schon an einer Liste mit US-Produkten, die als Reaktion auf Abschottungsmaßnahmen mit zusätzlichen Zöllen belegt werden könnten. Wir Europäer werden nicht tatenlos zusehen, wie unsere Industrie durch unfaire Maßnahmen getroffen wird, die tausende europäische Arbeitsplätze gefährden könnten.

Zwar halten Ökonomen die direkte Auswirkung der Strafzölle auf den Welthandel für gering. Allerdings nähren sie die Unsicherheit im weltweiten Handel. Das dürfte das Geschäftsklima belasten und exportorientierte Länder wie Deutschland stärker treffen.

Treffen werden die Importzölle aber zunächst vor allem die Verbraucher in den USA, so die Wirtschaftsexperten weiter, denn Produkte - zum Beispiel Getränkedosen und Autos – werden teurer werden. Entweder weil US-Unternehmen mehr zahlen müssen, wenn sie ausländischen Stahl und Aluminium verarbeiten oder weil sie höhere Preise für Stahl und Aluminium aus den USA zahlen müssen. Das wird durch mehr Arbeitsplätze in den Stahlwerken oder in den Aluminiumhütten kaum auszugleichen sein.

Wechselmodell – Das Kindeswohl gehört an die erste Stelle

Die FDP hat diese Woche einen Antrag eingebracht, der die Rechtslage bei Trennungen von Ehepaaren verändern soll. Zukünftig soll demnach auch bei Uneinigkeit der Eltern das so genannte Wechselmodell – also ein Modell bei dem das Kind zu möglichst gleichen Teilen abwechselnd bei beiden Eltern lebt – zur Regel werden und angeordnet werden können. Die SPD lehnt ein obligatorisches Wechselmodell ab.



In der Debatte im Deutschen Bundestag sprach die Abgeordnete Esther Dilcher und betonte: „Als Rechtsanwältin habe ich jahrzehntelange Erfahrungen mit Trennungen und Umgangsrecht sammeln können. Deshalb sehe ich ein grundsätzliches Wechselmodell sehr kritisch. Zwar sehen wir als SPD auch, dass sich die gesellschaftliche Realität

gewandelt und das Eltern auch andere Umgangsregelungen treffen als beim so genannten Residenzmodell, bei dem das Kind bei nur einem Elternteil lebt. Aber unserer Meinung nach ist das Wechselmodell nicht automatisch das Beste für das Kind“, so Dilcher weiter.

Die verpflichtende Anordnung eines Wechselmodells würde nicht selbstverständlich dazu führen, dass zutiefst zerstrittene Eltern zukünftig friedlich und einvernehmlich zum Wohle des Kindes kommunizieren. Darüber hinaus sei ein Wechselmodell an viele Voraussetzungen geknüpft: die Wohnungen der Eltern müssen möglichst nah bei einander liegen, um Schule, Freundschaftspflege und Freizeitgestaltung für die Kinder durchgehend zu ermöglichen. Außerdem können Fragen nach dem Unterhalt, steuerlichen Vergünstigungen und sozialen Transferleistungen zu erneutem Konfliktpotential führen, da hier die Anrechnung und Verrechnung komplizierter würde und nicht eindeutig geregelt sei. Konflikte, die unter Umständen erneut auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden.

„Deshalb wird die SPD-Fraktion dem Antrag der FDP nicht folgen“, so Esther Dilcher weiter. „Natürlich sehen auch wir, dass das Wechselmodell viele Vorteile für die betroffenen Kinder mit sich bringen kann, aber nur, wenn beide Elternteile weiter miteinander reden und sich hinsichtlich einer gemeinsamen Erziehung einig sind. Fest steht aber: Das Kindeswohl steht für uns unverrückbar an erster Stelle. Daher gilt es jeden Fall individuell zu lösen, statt ein bestimmtes Modell vorzuschreiben“, so Esther Dilcher abschließend.

Verschoben aber nicht aufgehoben

Die SPD-Fraktion hatte einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Strafgesetzbuch-Paragrafen 219a vorgelegt. Der Paragraf stellt Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch unter Strafe.



Die Gießener Ärztin Kristina Hänel war im November vergangenen Jahres zu einer Geldstrafe verurteilt worden, obwohl sie auf ihrer Internetseite lediglich allgemeine Informationen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Durchführung in ihrer Praxis angeboten hatte.

Unsere Position ist klar: Der Paragraf 219a muss gestrichen werden, denn der Schwangerschaftsabbruch ist eine medizinische Leistung für Frauen in einer Notlage. Darüber müssen Ärzte sachlich informieren dürfen, ohne sich der Gefahr der Strafverfolgung auszusetzen. Ungewollt schwangere Frauen können sich ansonsten nur eingeschränkt darüber informieren, welche Ärzte diese Leistung vornehmen. Das Recht auf freie Arztwahl wird damit eingeschränkt.

Am Dienstag haben wir aber unseren Antrag zum Werbeverbot für Abtreibungen zurückgezogen, er kommt damit zunächst nicht in den Deutschen Bundestag zur Abstimmung. Das heißt aber nicht, dass die SPD-Fraktion ihre Position zum Werbeverbot für Abtreibungen geändert hat. Ganz im Gegenteil!

Wie unsere Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles gegenüber der Presse und in unserer Fraktionssitzung am Dienstag erläutert hatte, haben wir uns mit der Union lediglich auf ein anderes Verfahren geeinigt. Zunächst wird die neue Bundesregierung aufgefordert, Möglichkeiten einer Lösung zu prüfen und einen Vorschlag vorzulegen.

Die SPD-Fraktion möchte einen Konsens mit allen Fraktionen erzielen. Wir werben weiterhin für die Abschaffung des sog. Werbeverbots und wollen eine Gewissensentscheidung, d.h., wie früher schon in ethisch umstrittenen Fragen, sollte der Fraktionszwang aufgehoben werden.

Diskussion mit dem Wirtschaftsforum der SPD

Edgar Franke hat in dieser Woche mit Vertretern des Wirtschaftsforums der SPD e.V. über den Koalitionsvertrag diskutiert. Das Wirtschaftsforum der SPD ist ein unabhängiger unternehmerischer Berufsverband, das den Austausch mit sozialdemokratischen Verantwortungsträgern organisiert.



Zentral waren die Erfolge, die die SPD in den Bereichen von Pflege, Krankenhäusern, flächendeckender Versorgung erzielen konnten und über die Franke referierte.

Es wurden allerdings auch Themen wie die Gesundheitswirtschaft benannt, von der viele Arbeitsplätze abhängen, die aber im Koalitionsvertrag nur sehr vage ausformuliert worden sind.

Zudem stand die Frage im Raum, warum die SPD ihre Erfolge in der letzten Legislaturperiode, gerade im Gesundheitsbereich, nicht besser verkauft habe. Immerhin wurden insgesamt mehr als 13 Mrd. Euro in der Pflege ausgegeben und mit den damit verbundenen Maßnahmen der Reformstau in der Pflege aufgelöst.

Innerhalb der Diskussion wurde dahingehend ein Konsens gefunden, dass gerade diese Verbesserungen auch im Wahlkampf im Mittelpunkt hätten stehen müssen. Franke ist sich sicher, „dass wir sozialdemokratische Erfolge im Gesundheitswesen erzielt haben und auch in der neuen Koalition, die Gesundheitspolitik eine sozialdemokratische Handschrift haben wird“.

Die Sicherung der flächendeckenden medizinischen Versorgung, gerade auf dem Land sowie die Steigerung der Qualität in der Krankenhausversorgung stehen weiter auch in dieser Legislaturperiode auf der politischen Agenda.

Dabei werden wir vor allem auch die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften nicht nur in Alten- und Pflegeheimen, sondern auch in Krankenhäusern spürbar verbessern. Tarifverträge werden für allgemeinverbindlich erklärt und gelten somit auch in privaten Bereichen. Auch wird eine Personalbemessung für alle bettenführenden Abteilungen verpflichtend werden.

Noch immer kein Ende in Sicht: Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen muss entschiedener angegangen werden

Der Equal-Pay-Day am 18. März 2018, hat es erneut deutlich gemacht: Noch immer ist kein Ende bei der Lohnungleichheit von Männern und Frauen in Sicht. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt über 20 % weniger als Männer. Nicht umsonst steht der diesjährige Equal-Pay-Day unter dem Motto „Transparenz gewinnt“.

Der Lohnunterschied hat im Wesentlichen zwei Ursachen. Frauen erhalten noch immer nicht den gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Und Frauen arbeiten deutlich häufiger als Männer in Teilzeit und in schlecht entlohnten so genannten „Care-Berufen“, wie z. B. der Alten- und Krankenpflege und der Kindergartenerziehung.



Schon im vergangenen Jahr haben wir daher das Gesetz für mehr Lohntransparenz auf den Weg gebracht. Frauen können sich seither erkundigen, was ein männlicher Kollege, der die gleiche Tätigkeit ausübt, verdient. Hier werden wir fortlaufend überprüfen, ob unser Gesetz auch die gewünschte Wirkung entfaltet und zu tatsächlicher Lohngleichheit führt.

Und natürlich gehört auch die Aufwertung der Pflegeberufe ganz oben auf die Tagesordnung. Pflege muss nicht nur mehr wertgeschätzt werden, sondern auch anständig bezahlt werden. „Allein der

demografische Wandel, da sind sich die Abgeordneten Esther Dilcher und Edgar Franke einig, zwingt uns dazu, die so genannten Care-Berufe endlich attraktiver zu machen.“ Anständige Löhne, bessere Personalschlüssel und vernünftige Arbeitsbedingungen müssen überall dort herrschen, wo Menschen mit der Sorge für andere Menschen ihr tägliches Brot verdienen.

Aber wir müssen daneben auch für neue Rollenbilder und mehr Partnerschaftlichkeit in den Beziehungen werben, in dem Männer und Frauen zusammenleben!

Unser Elterngeld Plus zielt da in die richtige Richtung: es ermöglicht Männern und Frauen beides: Familie und Beruf. Und es schafft Raum für eine partnerschaftliche Aufteilung der

Berufs- und Sorgearbeit. Wenn Frauen weiterhin den Hauptteil der Erziehungsarbeit tragen, haben sie nicht nur kurzfristig, sondern langfristig für ihre gesamte Berufsbiographie empfindliche Nachteile dadurch: Sie steigen langsamer und weniger weit auf, sie verdienen weniger und erhalten später eine deutlich geringere Rente.

„Daher müssen wir die Lohndiskriminierung von Frauen auf ganzer Breite angehen: Wir müssen Frauen ermuntern, auch mit Kindern zu arbeiten, sie auch mit Kindern fördern, indem wir zum Beispiel Führung in Teilzeit ermöglichen“, so die Abgeordneten weiter.

„Ziel muss es sein die Lohnlücke und die sich daraus ergebende Renten- und Vermögenslücke zwischen Männern und Frauen zügig zu schließen“, so Esther Dilcher und Edgar Franke abschließend.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.